



0173 – 260 4507 / mail@dkp-ge.de

www.dkp-ge.de

Gelsenkirchen, 5. Januar 2012

An den Polizeipräsidenten Gelsenkirchen

nachrichtlich

- an die Staatsanwaltschaft Essen,
- an die lokale Öffentlichkeit in Gelsenkirchen

per e-mail

Sehr geehrter Herr von Schönfeld,

vor etwa einem Jahr brannten an der Katernberger Straße zwischen Essen und Gelsenkirchen 19 Wohnwagen ab. In dem Viertel lebten vor allem Sinti- und Roma-Familien, von denen viele ihre Wohnmobile auf dem Parkplatz über den Winter abgestellt hatten. Da es „eine Feuerschneise zwischen dem Brand gab“ (waz), ging die Polizei von Brandstiftung aus. In der Nacht sollen weglaufernde Personen gesehen worden sein. Obwohl zahlreiche Sinti- und Roma-Familien von dem Brand betroffen waren, ging die Polizei – nach Presseberichten – „von Anfang an“ (!) nicht von einer Tat mit fremdenfeindlichem Hintergrund aus. Wie intensiv damals überhaupt in diese Richtung ermittelt wurde, ist uns bisher nicht bekannt.

Inzwischen hat sich herausgestellt: Fast ein Jahrzehnt lang sind deutsche Neofaschisten raubend und mordend durch das Land gezogen. Mindestens neun Männer türkischer und griechischer Herkunft und eine Polizistin sind seit 1998 der Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) zum Opfer gefallen – über 20 Menschen wurden bei Sprengstoffanschlägen der NSU verletzt. Die Bilanz des 20 jährigen Neonazi-Terrors unter den Augen der staatlichen Organe ist erschreckend: Über 140 Morde seit 1990, verschwiegene Tausende von Verletzten, unzählige oft unaufgeklärte Brandanschläge und Überfälle.

Wir fordern, dass vor dem Hintergrund dieses in den letzten Wochen ein Stück weit offengelegten braunen Terrors in unserem Land die bisherigen Ermittlungen hinsichtlich des Brandanschlages Anfang November 2010 in Gelsenkirchen öffentlich dargestellt, im Lichte heutiger Erkenntnisse überprüft und gegebenenfalls neu aufgenommen werden.

Hochachtungsvoll

gez. Rolf Jüngermann
(Sprecher der DKP Gelsenkirchen)